

# Raster: Schnittstellen zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung

## **a) Institutionalisierte Formen der Beteiligung:**

### **Beteiligungsverfahren in Planungsprozessen:**

1. Ulm: Soziale Stadt
2. Tübingen: Stadthausbörse
3. Weyarn: Ein Dorf baut eine Schule
4. Solingen: Citymanagement

### **Kontinuierliche Stadtteilbezogene Beteiligung:**

1. Tübingen: Stadtteilforen
2. Ulm: Das Ulmer Dialogmodell der Gemeinwesenarbeit
3. Leipzig: Dialog zwischen Bürgervereine und Verwaltung

### **Beteiligung von Jugendlichen**

1. Bremen: Programm „Jugend im Parlament“ (JiP)
2. Solingen: Jugendstadtrat
3. Tübingen: Jugendgemeinderat
4. Viernheim: Jugendstadtverordnetenversammlung JuSTaV

## **Förderung bürgerschaftliches Engagement**

1. Bremen: Freiwilligen-Agentur
2. Bremen: Referat „Freiwilligenarbeit/Sozialsponsoring“
3. Essen: Aktivierende Befragung
4. Leipzig: Stadtbüro
5. Tübingen: FreiwilligenZentrale
6. Ulm: Bürgerbüro „Zebra“
7. Nürtingen: Politiker fragen – Bürger antworten

## **b) Anlassbezogene Aktivitäten**

1. Bremen: Projekt „Sportgarten“
2. Ulm: Die Sozialagenda – „Ulm –eine Stadt der Solidarität“

Ulm: Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt am Beispiel Ulm-Weststadt

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p><b>Ulm: Die Soziale Stadt, am Beispiel Ulm-Weststadt</b></p> <p>Die Soziale Stadt ist ein Sanierungsprogramm, das verstärkt die Belange der Bewohnerinnen und Bewohner berücksichtigt und eine starke Bewohnerinnen- und Bewohnerbeteiligung ermöglicht. Außerdem werden</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>??Fachleute/ Experten</li> <li>??Institutionen aus dem Stadtteil</li> <li>??Wohnungsbaugesellschaften</li> <li>??verschiedene Fachbereiche der Stadtverwaltung</li> <li>??der Gemeinderat einbezogen.</li> </ul> <p>Hierzu finden statt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>??Stadtpaziergänge</li> <li>??Fachgespräche</li> <li>??Workshops</li> <li>??Informationsveranstaltungen</li> <li>??Beteiligungsmodelle z.B. Aktivierende Befragung</li> </ul> <p>Die Bewohnerinnen und Bewohner werden durch Infobroschüren, die an alle Haushalte verteilt werden und über die Presse informiert. Es steht im Sanierungsgebiet ein Kontaktbüro zur Verfügung, in dem sich Bewohnerinnen und Bewohner informieren können.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>??Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner</li> <li>??Aufwertung des Stadtteils</li> <li>??Verbesserung der Lebensqualität</li> <li>??Aufwertung der Wohngebäude (Sanierung, Wärmeschutz, Balkone etc.)</li> <li>??Aufwertung der öffentlichen Einrichtungen (z.B. Schulen)</li> <li>??Aufwertung der Freizeitflächen</li> <li>??Städteplanerisches Gesamtkonzept</li> <li>??Verbesserung der Verkehrssituation</li> <li>??Verbesserung der Grundversorgung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>??Alle Bewohnerinnen und Bewohner des Sanierungsgebiets</li> <li>??Im Sanierungsgebiet ansässige Institutionen</li> <li>??die Gemeinwesenarbeit im Stadtteil</li> <li>??Vertreterinnen und Vertreter der Politik</li> <li>??Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung</li> <li>??Wohnungsbaugesellschaften und private Vermieterrinnen und Vermieter im Sanierungsgebiet</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>??Sanierungstreuhand als geschäftsführende Institution</li> <li>??Projektgruppe Soziale Stadt unter Vorsitz des Baubürgermeisters (Entscheidungsgremium)</li> <li>??Quartiersmanagement vor Ort (Arbeitsgremium)</li> <li>??Die Gemeinwesenarbeit als Bindeglied zwischen der Verwaltung und den Bewohnerinnen und Bewohnern im Stadtteil</li> <li>??Die Bewohnerinnen und Bewohnern als Expertinnen für ihr Quartier</li> <li>??Der Gemeinderat fasst Beschlüsse</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>??Für die Planung von drei Spielplätzen wurden Planungsgruppen gegründet</li> <li>??Geschichtswerkstatt – Menschen mit Geschichte(n). Die Bewohnerinnen und Bewohner bringen ihre Geschichte und Geschichten mit und erzählen sie weiter</li> <li>??Bei den Stadtpaziergängen bringen sich Bewohnerinnen und Bewohner mit Ideen und Vorschlägen ein, die in die Vorbereitenden Untersuchungen mit einfließen</li> <li>??Bei Fachgesprächen zu verschiedenen Themen bringen sich Fachleute mit ein</li> <li>??Fachbereichsausschuss Jugend, Familie und Soziales wurde informiert</li> <li>??Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung beschließt die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>??Wissenschaftlich Begleitung durch externes Institut für Stadtplanung und Sozialforschung (2 ½ Tage / Woche)</li> <li>??Geschäftsführung und Koordination durch die Sanierungstreuhand</li> <li>??Mitarbeit der Gemeinwesenarbeit vor Ort und dem Stadtteilverein</li> <li>??Projekt Aktivierende Befragung</li> <li>??Publikationskosten</li> <li>??Materialkosten</li> <li>??Anmietung Kontaktbüro Sanierung</li> <li>??Als Finanzmittel stehen die Fördermittelmittel Soziale Stadt sowie Projektgelder zur Verfügung</li> </ul>	<p>Von den Bewohnerinnen und Bewohnern und den im Stadtteil tätigen Institutionen wird die Sanierung und Aufwertung des Stadtteils/des Quartiers begrüßt</p> <p>Die Einbeziehung der Bürgerschaft schafft eine Akzeptanzförderung der Maßnahme</p> <p>Durch die Einbeziehung verschiedener Zielgruppen entstehen im Sanierungsgebiet beispielhafte Spiel- und Freizeitplätze (Jugendecke, Spielplatz nach Mädchenspezifischen Aspekten, behindertengerechter Spielplatz)</p> <p>Die Bewohnerinnen und Bewohner erfahren die Stadtverwaltung/ Politik als Partner und nicht nur als „anonyme Instanz“</p> <p>Es sind Gespräche und Kontakte zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern entstanden sowie mit dem Quartiersmanagement und der Gemeinwesenarbeit</p> <p>Die Sanierung ist ein Prozess über viele Jahre der eben erst begonnen hat. Wenn die Offenheit und Kooperationsbereitschaft aller Beteiligten bleibt, wie sie begonnen hat, wird die Weststadt in den nächsten Jahren an Lebensqualität gewinnen.</p>

**Tübingen: Stadthausbörse**

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p><b>Tübingen: Stadthausbörse</b></p> <p>Die Stadthausbörse vermittelt Kontakte zwischen Privatpersonen, die eine Wohnung oder Gewerbefläche bauen wollen und Baugruppen, die zur Durchführung ihres Projektes noch Mitglieder suchen.</p> <p>Die Stadthausbörse ist als Plattform konzipiert, die von privaten Akteuren genutzt wird. Sie existiert zunächst als monatliche Veranstaltung; darüber hinaus sind die jeweiligen Kurzinformationen über die laufenden Projekte auch in schriftlicher Form erhältlich.</p>	<p>?? Im Entwicklungsbereich „Stuttgarter Straße / Französisches Viertel“ ist eine intensive Einbindung der späteren Nutzer bereits während des Planungsprozesses ein wesentlicher Bestandteil der Konzeption</p> <p>?? Private Baugruppen bauen ihren „Teiler der Stadt“</p> <p>?? Unterstützung dieser Gruppen bei ihrer Akquisition.</p> <p>?? Die große Zahl freier interessanter Angebote öffentlich zugänglich zu machen.</p>	<p>Private Baugruppen, die zur Durchführung ihres Projektes noch Mitglieder suchen.</p> <p>Privatpersonen, die eine Wohnung oder Gewerbefläche bauen wollen.</p>	<p>Das Stadtentwicklungsamt hat als kommunaler Entwicklungsträger die Stadthausbörse initiiert und betreut sie als Kontaktbörse zwischen privat und privat. Vergleichbar einem Flohmarkt für Bauprojekte können Gruppen hier ihre Konzepte anbieten und präsentieren.</p> <p>Für einzelne Interessenten ist eine unverbindliche Kontaktaufnahme und Informationsrecherche möglich</p>	<p>Das Stadtentwicklungsamt ist als Organisator und Ansprechpartner auf den Börsen vorhanden. Die einzelnen Projekte erhalten in einem kurzen Durchlauf die Möglichkeit, die Eckpunkte ihrer Konzeption vorzustellen. Im Anschluss wenden sich die privaten Interessenten an die jeweiligen Ansprechpartner, um detailliertere Informationen zu erhalten.</p>	<p>Relativ geringer Aufwand, da die Verwaltung lediglich die Räume zur Verfügung stellt und eine größere inhaltliche Vorbereitung somit nicht notwendig ist.</p>	<p>Die Börsen stärken die internen Kontakte zwischen privaten Bauinteressenten und erleichtern somit entscheidend das Prinzip der privaten Baugemeinschaften. Durch die hohe Transparenz des Bauprozesses (auch für Laien) und durch das Prinzip der privaten Baugemeinschaft ist konkrete Stadtentwicklung in den letzten Jahren zunehmend öffentlicher und bürgernäher geworden. Die Stadthausbörsen sind Kristallisationspunkte dieser veränderten Baukultur. Die hohe Öffentlichkeit des Vorgehens hat zur Planung und Realisierung vieler Projekte mit ambitionierten inhaltlichen Schwerpunkten geführt, da die jeweiligen Interessenten sich direkt kontaktieren konnten (Bsp.: Gemeinschaftliches Wohnen im Alter, Werkstadthaus ...).</p>

Weyarn: Ein Dorf baut eine Schule

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p>Offener Beteiligungsprozess mit Werkstattcharakter unter fachlicher Begleitung</p>	<p>?? Realisierung einer Schule für das Dorf, unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung</p>	<p>Allgemein:                      ? Alle Bürgerinnen und Bürger                      Speziell:                      ? Lehrerinnen und Lehrer                      ? Eltern                      ? Schülerinnen und Schüler</p>	<p>Politik und Verwaltung sind „Ermöglicher“                      Die Bürgerinnen und Bürger (Lehrer, Eltern, Schüler) sind aktive und begeisterte Mitstreiter                      Die externen Prozessbegleiter stehen beratend zur Seite.                      Architekten und Fachplaner bringen sich in den Beteiligungsprozess ein</p>	<p>Typische Abläufe und Aktionen                      ? Werkstattgespräche:                      ? Teilnahme und Vortragsrecht von Bürgervertretern an Sitzungen der Entscheidungsgremien                      ? Regelmäßige Besprechungstermine bei der Bauausführung:                      Umsetzungsaktionen                      ? Gemeinsames Feiern                      ? Schwierigkeiten und Konflikte                      ? Gegenseitige Berührungspunkte bei den Beteiligten                      ? Vermeintliche Einmischung in fremde Fachkompetenzen                      ? Selbstüberschätzung des Leistbaren                      ? Gratwanderung der Verantwortlichkeiten</p>	<p>Infrastruktur der Verwaltung                      Örtliche Fachkompetenz der Bürger                      Externes Fachwissen als Prozessbegleiter und Koordinierungsstelle</p>	<p><i>Ergebnisse</i>                      Das Projekt ist in einem hohen Maße auf die Bedürfnisse der künftigen Nutzer abgestimmt;  <i>Wirkung</i>                      Die Schule wird wieder als integrativer Bestandteil des Dorfes verstanden;  <i>Konsequenzen</i>                      Beteiligung darf nicht nur auf bloßes Mitreden beschränkt werden.                      Engagierte Bürger brauchen Handlungsspielräume und Entscheidungsbefugnis, auch Planer und Architekten, müssen umdenken und sich auf den Prozess einlassen.</p>

Weyarn: ein Dorf baut eine Schule

Solingen: **Initiativkreis Citymanagement**

	Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
Solingen: <b>Initiativkreis Citymanagement</b>	<p>1991 wurde der Initiativkreis City-Management Solingen gegründet. 1991/92 war das Projekt Modellvorhaben im Ex-wost-Forschungsprogramm des BMBau, seit 1992 wird es als Public-Private-Partnership Projekt von der Stadt und Privaten getragen und finanziert. Mit der Durchführung wurde ein Büro beauftragt.</p> <p>Aufgrund der Erfahrungen in der Innenstadt wurde ein Konzept entwickelt, um das City-Management in ein mehr gesamtstädtisch orientiertes Stadtmarketing, ebenfalls als Public-Private Partnership-Projekt weiter zu entwickeln.</p> <p>Diese Aufgabenerweiterung mit Satzungsänderung für den Verein wurde umgesetzt.</p> <p>Der Verein nennt sich nunmehr Initiativkreis Solingen e.V.</p>	<p>??Die Fortschreibung des Innenstadtkonzeptes der Stadt Solingen sollte durch einen permanenten Dialog positiv begleitet werden. Fortlaufend wird der Umbau der Innenstadt und der dazu erforderliche Dialog durch das City-Management als Vermittler gefördert.</p> <p>??Aktuell wird dieser Dialog zur Stadtentwicklung durch die geänderte Aufgabenstellung für die Gesamtstadt umgesetzt. Insbesondere in den Stadtteilen werden mit Unterstützung der örtlichen Gemeinschaften Perspektiven und Schritte zur Umsetzung diskutiert und geplant.</p>	<p>Bürger und Bürgerinnen in der Gesamtstadt und in den Stadtteilen.</p> <p>Einzelhändler und Verband, Handwerkskammer, Wirtschaftsbetriebe, Kulturverein, Politik und Verwaltung</p>	<p>Die dringend notwendige Entwicklung und Umsetzung von städtebaulichen und Verkehrsmaßnahmen in der Solinger Innenstadt war häufig an mangelndem Dialog und Konsens zwischen Akteuren, Politik und Verwaltung gescheitert</p> <p>Deshalb wurde der Verein City-Management - heute Initiativkreis Solingen e.V. gegründet.</p> <p>Mitglieder sind die Stadt (Büro Oberbürgermeister - Stadtentwicklung, Stadtplanung) sowie Vertretungen des Einzelhandels, Kreditinstitute, Zeitungen, Verbände, Kultur und Stadtteilgemeinschaften.</p> <p>Im Beirat unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters sind Vertretungen aller Fraktionen eingebunden</p>	<p>Zur Begleitung es Innenstadtkonzeptes wurde mit dem Initiativkreis ein Instrument geschaffen, um diesen Dialog zu ermöglichen und einen einmal erzielten Konsens auch zu erhalten. Vom City-Management (heute Initiativkreis Solingen) wurden auf der Basis eines Einstiegsworkshops Einzelprojekte bearbeitet, überwiegend in enger Kooperation mit der Stadtverwaltung. Die Stadt ist Mitglied im Vorstand (2 Vertretungen) und sichert durch die personelle Mitwirkung Arbeitsergebnisse und die Einbringung in die Politik.</p> <p>Schwierigkeiten treten meistens als Folge von Kommunikationsproblemen auf. Diese werden durch den Initiativkreis als Vermittler - wenn nötig bilateral- gelöst. Der Initiativkreis wird seitens der Stadt auch in wichtige Gremienarbeit einbezogen.</p>	<p>Die Stadt hat dem Verein die Verwaltung der gesamten Mittel eigenverantwortlich übertragen, in den ersten beiden Jahren des Projektes ein Etat von insgesamt DM 500 000. Die Stadt hat das Projekt in den ersten beiden Jahren mit jeweils DM 50 000, in den folgenden Jahren mit jeweils DM 35 000 gefördert. Bedingung war eine Finanzierung in gleicher Höhe durch Private.</p> <p>Die Kontrolle erfolgt inhaltlich durch die Mitgliedschaft von zwei Vertreter/innen der Stadt im Vorstand und zusätzlich durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt. Darüber hinaus unterliegt der Vorstand der üblichen Kontrolle durch die Vereinsmitglieder.</p>	<p>Die Akzeptanz von städtischen Maßnahmen in der Öffentlichkeit ist viel größer, da von vorneherein Bürgerinnen und Verbände durch das City-Management (heute Initiativkreis Solingen) einbezogen werden. Diese Form der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Privaten wurde deshalb auf die Gesamtstadt übertragen..</p>

## Tübingen: Stadtteilforen

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Tübingen: Stadtteilforen</p> <p>Stadtteilforen sind bürgerschaftlich organisierte, stadtteilorientierte Foren, die sich mit allem beschäftigen, was für die Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils interessant und wichtig ist.</p>	<p>Die Stadtteilforen haben das Ziel, die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger für ihren Stadtteil zu stärken und Entscheidungen weitgehend im Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürger und Verwaltung zu treffen.</p>	<p>Die Zielgruppe der Stadtteilforen sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger. Tatsächlich erreichen die Foren die eher gut integrierte Bürgerinnen und Bürger der Mittelschicht.</p>	<p>Veranlasser war ursprünglich die Verwaltung. Sie veröffentlichte die Idee und sicherte über Kooperation mit dem Bürgerbüro Möglichkeiten der professionellen Begleitung.</p> <p>Die Foren selbst werden auf Initiative der Bürgerinnen und Bürger gegründet, von ihnen organisiert und geleitet.</p> <p>Die Verwaltung unterstützt die Verwaltung durch Verwaltungslotsen.</p> <p>Die Verwaltungslotsen informieren über die Arbeit der Verwaltung und kanalisieren die Wünsche und Anfragen der Foren.</p>	<p>Die Bürgerinnen und Bürger bestimmen, was in den Foren behandelt wird. Die Verwaltung wird zu gegebenen Anlass in die Foren eingeladen. Jedem Forum ist ein Verwaltungslotse an die Seite gestellt; die Foren treffen sich mit ihrem Verwaltungslotsen in circa vierteljährlichen Abständen. Mitglieder des Gemeinderats nehmen zum Teil als Bürgerinnen und Bürger an „ihrem“ Stadtteilforum teil, institutionelle Kooperationsformen gibt es nicht. In einigen Gebieten gibt es Doppelstrukturen derart, dass es sowohl Ortsbeiräte (besetzt mit abgeordneten Vertretungen der Politik) als auch Stadtteilforen gibt.</p>	<p>Die Stadtteilforen werden von einer Fachkraft begleitet, die dazu mit 7h/Woche beim Bürgerbüro auf Honorarbasis angestellt ist.</p> <p>Für Kostenersatz stehen allen Foren 3 000.- DM zur Verfügung, die anteilig beim Bürgerbüro abgerufen werden können.</p>	<p>In allen 4 großen Bereichen der Kernstadt von Tübingen haben sich Stadtteilforen gebildet. Das älteste Forum ist seit 5 Jahren kontinuierlich aktiv. Es kommt zu einer engen Verzahnung von Verwaltungshandeln, bürgerschaftlichen Interessen und politischen Entscheidungen. Die Übernahme von Verantwortung wird merkbar gestärkt und die Handlungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger größer.</p> <p>Trotz der insgesamt positiven Ergebnisse gibt es auch Widerstand gegen die Foren, und zwar v.a. in Gebieten, in denen Bürgerinitiativen stadtteilorientiert tätig sind. Hier wird die Arbeit der Foren häufig als Konkurrent und „Schwächung von Oben“ erlebt, eine Kooperation gestaltet sich als schwierig.</p> <p>Allerdings ermutigen die bisherigen Erfahrungen das Konzept der Foren weiterzuentwickeln.</p>

Ulm: Ulmer Dialogmodell der Gemeinwesenarbeit

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/ Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);"><b>Ulmer Dialogmodell der Gemeinwesenarbeit</b></p> <p>Strukturmodell zur Umsetzung der Bürgergesellschaft in den Stadtteilen und zur dezentralen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Das Modell bedient sich dabei der Methode der Gemeinwesenarbeit. Organisiert über:                  ?Koordinierungsgruppe                  ?Regionale Planungsgruppen (RPGn)                  ?Arbeitskreise der RPGn                  ?Stadtteilkoordination                  ?Bürgerzentren                  Der Beschluss zur Einführung des Dialogmodells wurde am 07.02.1997 getroffen</p>	<p>Umsetzung der Bürgergesellschaft mit den Strukturmerkmalen:                  ??Soziale Selbstorganisation                  ??Gemeinsinn                  ??Bürgerschaftliches Engagement                  ??Bürgerschaftliche Kompetenz                  ??Dialogkultur                  ??Handlungsfeld Stadt / Stadtteil                  Darüber hinaus:                  ?Verbesserung der Vernetzung der Akteure in den Stadtteilen wie auch in der Gesamtstadt                  ?Beteiligung der Bürger im Vorfeld der politischen Entscheidungen                  ?Direkter Projektmitteleinsatz durch die RPGn über die Stadtteilbudgets                  ?Verbindung zu bürgerschaftlichen Prozessen, wie z.B. der Lokalen Agenda 21 (LA21)</p>	<p>Alle Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen                  Vertreter der Politik                  Vertreter der Verwaltung insbesondere Fachkräfte der Gemeinwesenarbeit</p>	<p>Bürger und Bürgerinnen als Vertreter ihrer Interessen                  Bewohner und Organisationen aus Stadtteilen als Kooperationspartner vor Ort                  Politik als Entscheider                  Verwaltung als Umsetzer</p>	<p>?Im Rahmen von Stadtteilveranstaltungen wie z.B. Foren, Stadtteilspaziergängen, etc.                  ?In der Koordinierungsgruppe zwischen Bürgern und Verwaltung                  ?Bei der Erstellung von Beschlussvorlagen für den Gemeinderat                  ?Bei Klausurtagungen von Politik und Koordinierungsgruppe</p>	<p>?Zeitweiser Einsatz von externer Moderation in Gremien des Dialogmodells                  ?Fachkräfte mit Zeitbudget für Stadtteilkoordination                  ?Stadtteilbudgets der RPGn insgesamt 40.000,-DM                  Mittel für die unterstützende Infrastruktur insbesondere für die Bürgerzentren als räumliche Kristallisationspunkte für bürgerschaftliches Engagement                  Personal, Sachmittel und Zuschüsse in 2 000 ca. 1.500.000,-DM</p>	<p>Bearbeitung vielfältiger Themen und Übernahme öffentlicher Aufgaben durch die Akteure des Dialogmodells                  ?Behandlung von Themen in den Stadtteilen wie z.B. Sicherheit im Stadtteil, Konfliktschlichtung (z.B. Alt/Jung), Verkehrssituation, Stadtteilkultur, Stadtteil / Quartiersentwicklung Grün- Spielflächen, Spielplatz und Sportflächengestaltung, Frauen im Stadtteil, Kinder- und Jugendliche im Stadtteil, Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern (z.B. über Aktivierende Befragungen, themen- und projektbezogenen Arbeit der RPGn, usw.)                  ?Übernahme der Trägerschaft für das Weststadthaus (Bürgerzentrum) durch den Stadtteilträgerverein AG West                  Folgende Wirkungen sind zu beobachten:                  ?Stärkung der Vernetzung sowohl lokal auf Stadtteilebene, kommunal auf Stadtkreisebene und überregional auf Landesebene                  ?Gelebte Solidarität                  ?Fachübergreifende Zusammenarbeit                  ?Entstehung von neuen Kooperationen                  ?Bündelung von Ressourcen                  ?Mehr Transparenz                  ?Stärkung der Demokratie                  Weiterentwicklung ist in folgenden Handlungsfeldern erforderlich:                  ?Mehr Einbindung der Politik in den Dialogprozess                  ?Stärkung der Koordination über den Fachbereich Soziales hinaus                  ?Behebung von Abstimmungsproblemen, wo es bereits vorher Stadtteilgremien gab                  ?Weiterentwicklung der Rolle der Stadtteilkoordination (Doppelmandat: Interessen des Stadtteils –Interessen des Anstellungsträgers)                  Die punktuelle Zusammenarbeit von Ulmer Dialogmodell und LA21 ist weiterzuentwickeln.</p>

Leipzig: Dialog zwischen Bürgervereine und Verwaltung

Beschreibung der Methode	Ziele	Ziel- gruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand / Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p><b>Leipzig: Dialog zwischen Bürgervereine und Verwaltung</b></p> <p>Dialog zwischen Bürgervereinen und Stadtverwaltung</p> <p>Regelmäßig stattfindende moderierte Gesprächsrunde</p>	<p>??Vertrauen schaffen</p> <p>??Partner zusammenbringen</p> <p>??Qualifizierung der Bürgervereine</p> <p>??Sensibilisierung der Verwaltung für frühzeitige Einbeziehung von Bürgermeinungen über die Bürgervereine</p> <p>??Entwicklung vom Dialog zum Trialog durch Einbeziehung der politischen Ebene (Stadtratsfraktionen / Stadtbezirksbeiräte)</p> <p>??Verbindliche Vereinbarung zu Verfahrensabläufen</p> <p>??Bürgerbeteiligung früher und transparenter gestalten.</p>	<p>Bürgervereine</p> <p>Verwaltung</p> <p>Politik</p>	<p>Bürgervereine:</p> <p>eigeninitiativ, stadtteilbezogen, kontinuierlich arbeitend, Anlaufpunkt für Bürger im Wohngebiet, hohe Bewertungskompetenz durch direkten Bezug zum Satzungsgebiet, Multiplikatoren, geringe Eigenmittel</p> <p>Verwaltung:</p> <p>Politisches Bekenntnis aus Dienstberatung des OBM, Organisation / Moderation / Protokollierung der Dialogveranstaltung durch das Stadtbüro, Öffnung der Verwaltung: Amtsleiter stehen Rede und Antwort, Aktivierung durch Information</p> <p>Politik:</p> <p>Vertreter der Stadtratsfraktionen und der Stadtbezirksbeiräte nehmen am Dialog teil</p>	<p>Im Vorfeld: Langwieriger Diskussionsprozess um Einrichtung der Richtlinie zur Förderung stadtteilbezogener Bürgervereine</p> <p>Gemeinsames Auftreten der Bürgervereine (Vorbereitende Fragenlisten durch den Sprecherrat der Bürgervereine)</p> <p>Vorstellungen von Beteiligung werden zur Diskussion gestellt. Diskrepanz in der Bewertung, was wirklich frühzeitig / transparent ist.</p> <p>Austausch von Informationen, Qualifizierung der beteiligten Bürgerinnen und Bürger.</p> <p>Stadtratsfraktionen und Stadtbezirksbeiräte wurden später zur Diskussionsrunde dazugeladen: Zunächst schwache Resonanz.</p> <p>Schwieriger Diskussionsprozess durch viele Teilnehmer unterschiedlicher Qualifikation. (Häufig blockieren detailliert vorgetragene Einzelprobleme die Weiterentwicklung grundsätzlicher Themen) Grundsätzliches Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger, dass die Veranstaltung viel Aufwand erfordert, aber letztlich kaum Fortschritte bringt, noch nicht überwunden.</p>	<p>0,3 Stelle im Stadtbüro</p> <p>Moderation (2000,- DM)</p> <p>(im Kontext: Richtlinie zur Förderung stadtteilbezogener Bürgervereine: 120.000 DM für 36 Bürgervereine)</p>	<p>Klimaverbesserung zwischen den Beteiligten.</p> <p>Persönliche Kontakte und Bekanntheit der Ansprechpartner werden verbessert.</p> <p>Fortführung der Förderrichtlinie über Erprobungsphase hinaus.</p> <p>Bürgervereine wirken in der stadtpolitischen Diskussion als Multiplikatoren.</p> <p>In den Protokollen werden verbindliche Absprachen festgelegt und von den Amtsleitern gekennzeichnet.</p> <p>Langwieriger Prozess der kleinen Schritte: In der ersten Reflektionsrunde wurde seitens der Bürgerinnen und Bürger das bisher Erreichte als gering bewertet.</p> <p>Das Stadtbüro als organisierende und vermittelnde Institution hat durch die Dialogreihe an Akzeptanz und Vertrauen gewonnen.</p> <p>Es sind erste Schritte unternommen worden, das Erreichen der Ziele noch lange nicht erreicht.</p>



**Bremen: Jugend im Parlament (JiP)**

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p><b>Bremen: Jugend im Parlament (JiP)</b></p> <p>Politikwerkstatt der Bremischen Bürgerschaft</p> <p>Die Gesamtveranstaltung setzt sich zusammen aus der 3-tägigen Hauptveranstaltung mit Plenumdiskussionen und Ausschussarbeit, der Teilnahme an den Sitzungen der Bürgerschaftsausschüsse und –deputationen, in den „Jugend im Parlament“- Beschlüsse behandelt werden, und einer eintägigen Abschlussveranstaltung nach der Beratung und Beschlussfassung durch die Bremische Bürgerschaft.</p>	<p>? Arbeitsweise des Parlaments kennen lernen</p> <p>? Forum für Jugendliche</p> <p>? Mehr über Politik lernen</p> <p>? Aktiv an Politik teilnehmen</p> <p>? Interesse an Politik wecken</p> <p>? Jugendliche ernst nehmen</p> <p>? Bessere Bedingungen für Jugendliche schaffen</p> <p>? Gehör finden bei Politikern</p> <p>? Bessere Jugendprojekte schaffen</p>	<p>Jugendliche zwischen 15 und 21 Jahre</p> <p>Strenge paritätische Auswahl nach Mädchen / Jungen, Unterschiedliche Schichten, Ausbildung und Studium, Zivildienst, Wehrdienst</p>	<p>100 jugendliche Parlamentarier finden sich zusammen, wählen einen Vorstand und werden sich einig, über welche politischen Inhalte in Ausschüssen diskutiert werden soll.</p> <p>Die Ausschüsse konstituieren sich, wählen Vorsitzende und bestimmen, welche Experten eingeladen und befragt werden.</p> <p>In den Ausschüssen werden Resolutionen vorbereitet, die dann im Plenum verabschiedet werden und in den „normalen Politikalltag“ gehen.</p> <p>Die „ordentliche“ Bürgerschaft befasst sich damit und stimmt zu oder lehnt ab.</p>	<p>Politik ist anstrengend, komplexer, umständlicher, schwerer, und stressiger als gedacht</p> <p>Arbeitstechniken des Parlaments kennengelernt</p> <p>Konsensfindung ist ein langer komplizierter Weg</p> <p>Konsensfindung meistens durch Diskussion und Kompromisse</p> <p>Parteidenken ist auch bei Jugendlichen stark ausgeprägt</p> <p>Für die komplexe Arbeit zu wenig Zeit</p>	<p>Jugend im Parlament soll alle 2 Jahre stattfinden und jeweils 3 Tage dauern; von Freitag bis Dienstag, damit für die Zusammensetzung der Expertenrunden das Wochenende genutzt werden kann.</p> <p>Pressestelle der Bürgerschaft arbeitet mit Bordmitteln und einigen Praktikanten.</p> <p>Die Jugendlichen organisieren während der Tagung alles selbst, die Bürgerschaftsverwaltung unterstützt durch Infrastruktur und Personal.</p> <p>Die Werbung erfolgte durch Sponsoring der örtlichen Presse und durch Radio Bremen.</p> <p>Die örtliche Presse hat eine eigene Jugendredaktion gebildet und Internet-Recherche zur Verfügung gestellt.</p> <p>Die Verpflegung wurde teilweise auch durch Sponsoring gestellt.</p>	<p>JiP wurde von Politikern und teilnehmenden Jugendlichen als durchweg positiv bewertet. Nach Schulnoten unter den Jugendlichen hätte JiP eine 2,1.</p> <p>Die meisten Jugendlichen würden noch einmal an JiP teilnehmen.</p> <p>Durch die Teilnahme an JiP wollen sich die Jugendlichen aktiver in die Politik einmischen.</p>

Solingen: Jugendstadtrat

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p><b>Solingen: Jugendstadtrat</b></p> <p>Der Jugendstadtrat ist ein Gremium aus 21 Jugendlichen im Alter von 14-18 Jahren. Gewählt wird der Jugendstadtrat von Jugendlichen, die auch im Alter von 14-18 Jahren sind. Der Jugendstadtrat wird in allen Gremien und Ausschüssen der Stadt Solingen beteiligt. Stimmrecht hat der Jugendstadtrat leider nicht, aber ein Rederecht in allen Ausschüssen des Rates der Stadt Solingen. Die Wahlen finden alle 2 Jahre in den Solinger Schulen statt.</p>	<p>?Anregungen zur Verbesserung der Situation der Solinger Jugendlichen erarbeiten und Maßnahmen vorschlagen, damit Solingen zu einer kinder- und jugendfreundlichen Stadt wird.</p> <p>?Der Jugendstadtrat nimmt Anregungen und Wünsche der Solinger Jugendlichen entgegen</p>	<p>Solinger Bürger und Bürgerinnen und insbesondere junge Menschen.</p> <p>Politische Entscheidungsträger</p>	<p>Der Jugendstadtrat wird auch von Jugendlichen und Erwachsenen unterstützt, die im Förderkreis des Jugendstadtrates sind. Die Geschäftsleitung des Jugendstadtrates obliegt der Verwaltung, Jugendförderung der Stadt Solingen. Diese Stelle ist mit einem Sozialarbeiter besetzt.</p>	<p>In die Sitzungen des Jugendstadtrates werden Vertretungen der Verwaltung der Politik und der Bürgerschaft eingeladen. Die in den Sitzungen erarbeiteten Vorschläge, Ideen und Pläne werden den Ausschüssen, dem Rat und der Verwaltung überreicht und von diesen überwiegend bearbeitet</p> <p>Nicht alle Vorschläge werden von den politischen Entscheidungsträgern und der Verwaltung akzeptiert, da im Wege der Abwägung mit anderen Belangen andere Prioritäten gesetzt werden. Allerdings schaffen es die Jugendlichen die Belange der jungen Menschen zunehmend als wichtiges Kriterium in die Entscheidung einzubringen. Dies ist allerdings ein permanenter schwieriger Dialog</p>	<p>Der Jugendstadtrat hat eine Wahlordnung, eine Satzung und trifft sich jeden Monat einmal. Zu bestimmten Themen werden Projektgruppen eingerichtet. Diese Projektgruppen können sich unabhängig von den Sitzungen des Jugendstadtrates auch mehrmals im Monat treffen.</p> <p>Im Wahljahr hat der Jugendstadtrat einen Etat von ca. 21 000,00 DM, ansonsten 15 800,00 DM.</p>	<p>Das Beispiel Projekt Nachtexpress wurde auch von dem zweiten Jugendstadtrat kräftig unterstützt. Der Nachtexpress fährt seit dem 02 September 1999 immer von Freitag auf Samstag, von Samstag auf Sonntag und vor Feiertagen.</p> <p>Dieser wird nicht nur von den Solinger Jugendlichen angenommen, sondern auch von Erwachsenen und insbesondere älteren Menschen.</p> <p>Es waren sieben Linien in Planung, davon sind zwei Linien umgesetzt. Die Umsetzung für die nächsten Linien ist begonnen. Dazu wurde die Zusammenarbeit mit der Politik und der Verwaltung intensiviert, was einen positiven Effekt für die Zusammenarbeit bewirkte.</p>

**Tübingen: Jugendgemeinderat**

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);"><b>Tübingen: Jugendgemeinderat</b></p> <p>Jugendgemeinderat, der aus 24 gewählten Mitgliedern und maximal acht Delegierten aus Projekten besteht. Die Wahl erfolgt an den Schulen.</p>	<p>??Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Bereich.</p> <p>??Einbeziehung in den demokratischen Willensbildungsprozess.</p> <p>??Wünsche und Anregungen der Jugendlichen sollen in kommunalpolitische Entscheidungen einfließen</p>	<p>Jugendliche, die sich im kommunalen Bereich engagieren wollen; jugendspezifische Projekte</p>	<p>Die Jugendlichen: Forderungen nach einem Jugendparlament wurden gestellt. Beteiligung von Jugendlichen an der Ausarbeitung einer Satzung.</p> <p>Die Verwaltung: Ausarbeitung und Vorstellung von vier verschiedenen Beteiligungsmodellen (Jugendgemeinderat, Jugendforen, Zukunftswerkstatt, Parlament der Projekte)</p> <p>Vorbereitung der Wahl, Betreuung des Jugendgemeinderats</p> <p>Der Gemeinderat: Beauftragt die Verwaltung ein Beteiligungskonzept zu erarbeiten. Beschließt die Einrichtung eines Jugendgemeinderats.</p>	<p>Wahl 1999, Projektgruppen kommen erst nach ca. einem Jahr dazu</p> <p>Verwaltung stellt pädagogische Mitarbeiterin zur Verfügung, trotzdem zu wenig Transparenz</p> <p>Gemeinderat wird über Beschlüsse aus dem JGR informiert, geht aber zu wenig auf die Jugendlichen zu</p>	<p>Sozialpädagogin mit 25% der wöchentlichen Arbeitszeit</p> <p>10 000 DM Etat in Eigenverantwortung der Jugendlichen</p> <p>2 500 DM Raummiete</p> <p>12 000 DM f. Wahlkosten alle zwei Jahre</p>	<p>Jugendgemeinderat als wichtiges Lernfeld für Demokratie und bürgerschaftliches Engagement.</p> <p>Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und der Zusammenarbeit mit Schulen, Gemeinderat und Presse dringend erforderlich.</p> <p>Neben der Partizipationsform Jugendgemeinderat sollte es noch andere, offene Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche geben.</p>

Viernheim: Jugendstadtverordnetenversammlung JuSTaV

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);"><b>Viernheim: Jugendstadtverordnetenversammlung JuSTaV</b></p> <p>Schaffung eines Vertretungsgremiums Jugendlicher</p>	<p>?Beratung des Erwachsenenparlamentes</p> <p>?Entwicklung eigener Projekte</p> <p>?repräsentative Vertretung der Jugendlichen der gesamten Stadt</p>	<p>Jugendliche zwischen vollendetem 13. und noch nicht vollendetem 18. Lebensjahr</p>	<p><i>Jugendliche als gewählte Mandatsträger</i></p> <p>Interessenvertretung Jugendlicher gegenüber dem Erwachsenenparlament, nur sehr eingeschränkt in dieser umfassenden Form umzusetzen</p> <p><i>Erwachsene Parlamentarier</i></p> <p>partnerschaftliche Rolle, kaum umsetzbar, es ist eher eine Polarisierung erkennbar</p> <p><i>Bürgermeister</i></p> <p>Vertreter der gesamten Verwaltung, greift Ideen Jugendlicher auf und veranlasst in der Verwaltung deren Umsetzung</p> <p><i>Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter</i></p> <p>beteiligen Jugendliche bei Planungsverfahren</p> <p><i>Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendförderung</i></p> <p>betreuen die Jugendstadtverordnetenversammlung</p>	<p>Teilnahme der Jugendlichen an Sitzungen der parlamentarischen Gremien mit Rederecht (sehr schwierig umzusetzen)</p> <p>Seminarveranstaltungen und Workshops - teilweise über mehrere Tage zu besonderen Themen (z.B.: Jugendcafé, Schwimmbadrenovierung)- (da mit Hilfe jugend-adäquater Methoden gearbeitet wird, relativ leicht umzusetzen)</p> <p>Bei den Jugendlichen stellt sich das Gefühl ein, zwar nur geringen Einfluss zu haben, jedoch trotzdem etwas bewirken zu können.</p>	<p>Ständige Begleitung der Jugendstadtverordnetenversammlung, da ohne eine intensive Betreuung die Bereitschaft Jugendlicher kontinuierlich bis zum Ende der jeweiligen Legislaturperiode weiterzuarbeiten, nachlässt.</p> <p>Hoher zeitlicher und personeller Aufwand</p> <p>Die Jugendstadtverordnetenversammlung verfügt zur Organisation ihrer Arbeit über einen eigenen Etat von 5 000.- DM</p>	<p>Erfahrungen der vergangenen 4 Jahre führen zu der dringenden Notwendigkeit die existierende Form der Jugendstadtverordnetenversammlung zu verändern.</p> <p>Folgende Punkte sollten dabei Beachtung finden (nur die wichtigsten sind genannt):</p> <p>??eine offenere Form sollte angestrebt werden, um die Arbeit nicht nur auf Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu beschränken</p> <p>??es muss möglich sein, dass Jugendliche während einer Legislaturperiode aufhören können</p> <p>??ein funktionierendes Nachrückersystem muss vorhanden sein</p> <p>??die Form der Zusammenarbeit mit dem Erwachsenenparlament muss auf eine partnerschaftliche Ebene gestellt werden</p>

Bremen: Freiwilligen-Agentur

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Bremen: Freiwilligen-Agentur</p> <p>Aufbau und Förderung einer Freiwilligen-Agentur in freier Trägerschaft</p>	<p>??Bürgerinnen und Bürger für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen, sie über Angebote zu beraten und ggf. im Verlauf des Engagements zur Verfügung zu stehen</p> <p>??Freiwillig aktive Bürgerinnen und Bürger durch Beratung und Qualifikationsangebote in ihrem Engagement unterstützen</p> <p>??Träger bei der Organisation und Begleitung von Freiwilligenarbeit zu beraten und deren Mitarbeiterinnen zu qualifizieren</p> <p>??„Lobbyarbeit“ für Bürgerengagement zu betreiben.</p>	<p>??Interessierte Bürgerinnen und Bürger / engagierte Ehrenamtliche Freiwillige,</p> <p>??die Öffentlichkeit</p> <p>??die Verbände und Vereine als Einsatzorte von Bürgerengagement</p>	<p>Die Agentur wurde von einem kleinen Träger der Sozial- und Jugendhilfe (Sozialer Friedensdienst e.V.) ab 1992 aufgebaut, mit (zunehmender) Unterstützung aus der Sozialbehörde und – nach einer Phase von Abwarten und Skepsis – auch von den etablierten Verbänden sowie aus der Politik</p>	<p>Agentur und Behörde arbeiten eng zusammen und stimmen ihre Aktivitäten ab.</p> <p>Die Agentur wird finanziell durch die Behörde gefördert. In diesem Kontext (Entscheidung über Haushaltsmittel, Abgabe von Berichten) wird auch die Politik beteiligt; daneben erfolgen Einladungen zu Events, Veranstaltungen etc.</p> <p>Konflikte traten zunächst zu den traditionellen Unterstützungsstrukturen von Selbsthilfe auf (Konkurrenz um Mittel), sind weitgehend beigelegt.</p> <p>Nach zunächst abwartender Haltung wird die Agentur inzwischen von den Verbänden als Beratungsinstanz herangezogen.</p>	<p>Die Agentur wurde in der Gründungsphase vom Träger erheblich unterstützt; der Träger sagte dem Projekt eine mehrjährige Erprobung zu.</p> <p>Förderung durch die Behörde für das Beratungsangebot (1999: 37,5 TDM) und für einzelne Aktivitäten (1999: 30 TDM); seit 2000 Erhöhung auf 107,5 TDM für das Beratungsangebot.</p>	<p>Die Agentur hat ein breites Beratungsangebot an mehreren Standorten aufgebaut; die Beratung wird von einem geschulten und begleitenden Freiwilligenteam durchgeführt.</p> <p>Eine große Anzahl von Institutionen hat über Fragen von Freiwilligenarbeit (z.T. gegen Honorar) beraten, wie die Bedeutung des Themas in der Öffentlichkeit dargestellt und vermitteln können.</p> <p>Die Agentur ist in Bremen als zentrale Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger bekannt und anerkannt. Es haben sich keine weiteren Agenturen (z.B. bei Verbänden) gebildet.</p> <p>Als positiv hat sich die verbandsübergreifende und von der Kommune unabhängige Organisationsform herausgestellt.</p>

Bremen: Referat: „Freiwilligenarbeit / Sozialsponsoring“

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/ Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p>Bremen: Referat: „Freiwilligenarbeit / Sozialsponsoring“</p> <p>Schaffung einer für die Förderung von Bürgerengagement zuständigen Organisationseinheit in der Verwaltung.</p>	<p>??Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger für eine Beteiligung an öffentlichen Aufgaben zu gewinnen – sei es durch die Bereitstellung von Geld oder Zeit.</p> <p>??Dazu soll/en ein positives öffentliches Klima hergestellt werden das freiwillige Engagement stärker ins öffentliche Bewusstsein und das der Verwaltung gerückt werden</p> <p>??Bürgerinnen und Bürger für Engagement gewonnen werden</p> <p>??Träger bei entsprechenden Vorhaben unterstützt werden</p> <p>??förderliche Rahmenbedingungen für Engagement geschaffen werden.</p>	<p>Interessierte Bürgerinnen und Bürger selbst.</p> <p>Die lokale Öffentlichkeit, sowie die örtlichen Verbände/ Vereine/ Träger.</p> <p>Schließlich auch die anderen Teile der öffentlichen Verwaltung, die Berührungspunkte zum Bürgerengagement haben.</p>	<p>Das Referat wurde 1997 auf eine fachpolitische Initiative aus der Sozialverwaltung hin dort eingerichtet.</p>	<p>Es handelt sich um eine Aktivität der Verwaltung mit dem Ziel der Außenwirkung. Der 3. Akteur (Politik) wird indirekt über die Öffentlichkeitsarbeit einbezogen, weiterhin durch die Beantwortung von Anfragen und die Erstellung von Berichten.</p> <p>Aktivitäten im einzelnen:</p> <p>Umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Zeitungsserie).</p> <p>Veranstaltungsreihe (ca. 6-8 Veranstaltungen p.a.).</p> <p>Initiierung und Begleitung neuer Projekte.</p> <p>Durchführung eines Kongresses und von Workshops/ Fortbildungen.</p> <p>Jährliche „Ehrenamtsbörse“ im Rathaus.</p> <p>Koordination des Bremer Beitrags zum Wettbewerb „Bürgerorientierte Kommune“.</p> <p>Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung für Fragen von Freiwilligenarbeit / Sponsoring.</p>	<p>Bereitstellung einer halben Stelle (inzwischen 25-Wochenstunden) sowie geringer Sachmittel.</p> <p>Dem Referat wurde inzwischen auch die Koordination der Selbsthilfepolitik (als ein Teil von Bürgerengagement), die Zuständigkeit für das Thema „Bürgerstadt“ im Verwaltungsreformprozess sowie die Durchführung der Spendenaktion „Weihnachtshilfe“ übertragen. Das Referat wurde entsprechend personell vergrößert.</p>	<p>Die Einrichtung eines Referats hat zu einer klar erkennbaren Zuständigkeit nach Außen (Ansprechstelle für Bürger, Vereine etc.) und zu einer internen Vernetzung (allerdings noch nicht für alle Ressorts) geführt.</p> <p>Freiwilligenarbeit ist insgesamt zu einem breit wahrgenommenen Thema in der Stadt geworden.</p> <p>Das Thema Bürgerengagement hat Eingang in die Koalitionsvereinbarung und die Verwaltungsreform gefunden. Für die verwaltungsinterne „Breitenwirkung“ kann die zentrale Anbindung u.U. hilfreicher sein als die hier praktizierte Fachressortanbindung.</p>

Essen: Baustein Aktivierende Befragung

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand / Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p><b>Essen: Baustein Aktivierende Befragung</b></p> <p>Mit einer aktivierenden Befragung wird nach Experten-Befragung zur qualitativen Einschätzung eine Aktivierung der Bevölkerung im Stadtteil ermöglicht. Im Rahmen der Aktionsuntersuchung werden Erkenntnisse zu folgenden Aspekten gesammelt: Objektive Fakten, das emotionale Klima (Kommunikationskultur) Ideen zur Veränderung der Situation im Stadtteil/Quartier</p>	<p>??Eine aktivierende Befragung zielt in besonderer Linie darauf ab, Entwicklungsprozesse in Quartieren/ Stadtteilen im Sinne der dort lebenden und betroffenen Bürgerinnen und Bürger durch deren Aktionen durchzuführen.</p> <p>??Sie kann eingesetzt werden beim Neustart eines Stadtteilprogramms oder wenn Maßnahmen in Gebieten durchgeführt werden, in denen bisher noch wenig Arbeitsansätze vorhanden sind.</p>	<p>In Beteiligungsprozessen besteht häufig das Problem, dass bestimmte Gruppen von Menschen, insbesondere diejenigen, die sich nur selten öffentlich artikulieren, überhaupt nicht erreicht werden.</p> <p>Mittelschichtorientierte Beteiligungsprozesse und -verfahren sind nicht ohne weiteres übertragbar auf die Stadtteile mit besonderem Entwicklungs- oder Erneuerungsbedarf, in denen viele Menschen wohnen, die von besonderer Benachteiligung betroffen sind oder deren örtlicher Wirkungsradius deutlich beschränkt ist</p>	<p>Um nicht nur nach Durchführung von Gesprächen mit Schlüsselpersonen und umfanglicher Datenanalyse sondern auch auf der Grundlage subjektiver Einschätzungen von Expertinnen und Bürgerinnen des Stadtteils den Stadtentwicklungsprozess zu gestalten, werden mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung, örtlicher Einrichtungen, Vereine und Institutionen, der Politik, und vor allem mit vielen Bürgerinnen des Stadtteils Gespräche geführt, um ein umfassendes Bild über die Situation im Stadtteil zu erhalten und Mitwirkende für den Entwicklungsprozess zu gewinnen. Die Bewohnergespräche lehnen sich an vier Leitfragen an:</p> <p>??Was gefällt Ihnen im Stadtteil? ??Was gefällt Ihnen nicht im Stadtteil? Welche Ideen und Vorschläge haben Sie zur Verbesserung der Lebenssituation im Stadtteil? In welchem Bereich wären Sie selbst bereit, sich zu engagieren?</p> <p>Nicht die Experten greifen die Themen auf und kümmern sich um deren Umsetzung, sondern die benannten Themen dienen als Anknüpfungspunkt für gemeinsame Handlungszusammenhänge zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Institutionenvertretern und Politikern.</p>	<p>??Auswahl eines Wohngebietes ??Sicherstellung der seriösen Begleitung von Gruppenaktivitäten bzw. Projekten, die sich nach der Befragung und den sich daran anschließenden Bewohnerversammlung entwickeln ??Effektive Projektorganisation ??Öffentlichkeitsarbeit ??Berücksichtigung der im Wohngebiet lebenden Nationalitäten bei der Auswahl der Interviewpersonen</p>	<p>Abhängig von der Größe des Quartiers bzw. der Anzahl der ausgewählten Haushalte. Es sind Schulungen für die Interviewpersonen durchzuführen. Der Zeitaufwand ist relativ hoch, da viele Einzelinterviews zu führen sind. Von großer Bedeutung ist der Aufbau der Arbeitsstruktur im Anschluss.</p>	<p>Die Methode ist gut geeignet, benachteiligte Bevölkerungsgruppen zur Mitarbeit an Stadtteilentwicklungsfragen zu bewegen und flächendeckende Effekte zu erreichen.</p>

Leipzig: Stadtbüro

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Leipzig: Stadtbüro</p> <p>Gespräche/ Informationen/ Beteiligung Tägliche Sprechzeiten Sprechstunden des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten Thematische Veranstaltungen OBM Stadtteilrundgänge Moderation in Konfliktbereichen Vernetzung der verschiedenen Akteure Initiierung von Beteiligungsverfahren</p>	<p>??Modernisierung von unten durch Hinweise, wissen, "wo es hakt". ??Öffnung der Verwaltung Anregung von Beteiligung und ausreichender Information ??Aktivierung durch Information ??Gezielte Angebote zur Beteiligung an der Kommunalpolitik ??Abbau der Schwellenangst zum "Rathaus"</p>	<p>Verwaltung Politik Bürgerinnen und Bürger Vereine, Verbände, Institutionen</p>	<p>Verwaltung Informiert, ist für Anregungen offen, führt Beteiligungsverfahren durch. Direkter Zugang zur Verwaltungsspitze Bürgerinnen und Bürger Geben Anregungen für Politik und Verwaltung, nehmen an Diskussionen teil, informieren sich über Vorhaben nehmen aktiv teil. Politik Nimmt an Veranstaltungen teil, steht zum Gespräch, gibt und erhält Impulse für Themen.</p>	<p>Verwaltung - Bürgerinnen und Bürger Information durch Veranstaltungen, Diskussionen, Stadtteilrundgänge, Ausstellungen, Anregungen zu Stadtpolitik, direkte Meinungen zu Vorhaben Verwaltung - Politik Entscheidungsvorschläge werden öffentlicher diskutiert, gemeinsame Veranstaltungen (mehr Kontakte zw. Bürgerinnen und Bürger und Politik) durchgeführt Politik - Bürgerinnen und Bürger Information über Politische Standpunkte, Direkte Meinungsäußerung an Politiker</p>	<p>1 Ladenraum mit 2 Büroräume in der Innenstadt, direkt am Markt 2 Referentinnen, 1 Sachbearbeiterin</p>	<p>Beteiligung wird in Verwaltung ernster genommen Verfahren werden in der Verwaltung angenommen und angestoßen Ämter öffnen sich über das Stadtbüro oder von sich aus Bürgerinnen und Bürger fühlen sich ernster genommen, gehen auf die Verwaltung zu und entwickeln mehr Eigeninitiativen Stadtpolitische Diskussionen werden breiter geführt.</p>



## Tübingen: FreiwilligenZentrale

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p><b>Tübingen: FreiwilligenZentrale</b></p> <p>Die FreiwilligenZentrale des BürgerBüros Tübingen vermittelt Freiwillige an interessierte Vereine und Einrichtungen und unterstützt fachlich die Zusammenarbeit von Professionellen und Freiwilligen.</p> <p>Die FreiwilligenZentrale ist teil der Aufgaben des BürgerBüros und ein Weg zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements.</p>	<p>??Ziel der FreiwilligenZentrale ist es, die Freiwilligenarbeit in Tübingen zu stärken. Dies geschieht dadurch, dass potentielle Freiwillige wissen, an wen sie sich wenden können, sowie durch gezielte Beratung und Vermittlung.</p>	<p>Zielgruppe der FreiwilligenZentrale sind freiwillige Bürgerinnen und Bürger sowie interessierte Vereine und Organisationen, die in Fragen der Organisation von Freiwilligenarbeit und in Fragen der Zusammenarbeit von Hauptamtlichen und Freiwilligen beraten werden.</p>	<p>Die FreiwilligenZentrale wurde als „Aktiv-Börse“ von drei Tübinger Vereinen ins Leben gerufen. Als es satzungsmäßige und steuerliche Schwierigkeiten gab, wurde eine eigene Vereinsgründung BürgerBüro notwendig.</p> <p>Seitdem ist die FreiwilligenZentrale eine der Hauptaufgaben des bürgerschaftlich organisierten BürgerBüro. Sie wird hauptamtlich geleitet.</p>	<p>Die Verwaltung fördert die FreiwilligenZentrale als Teil des BürgerBüros und ist im Vorstand des BürgerBüros vertreten.</p> <p><i>Direkte Kontakte zur Politik bestehen nicht, ein geplanter Beirat kam nicht zustande.</i></p> <p><i>Vernetzung und Kooperation mit anderen Organisationen am Ort, die mit Freiwilligen arbeiten, wird durch den Freiwilligenkatalog, Fachtage und gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit entscheidend befördert.</i></p>	<p>Das BürgerBüro ist mit einer Fachkraft zu 30% der Wochenarbeitszeit besetzt; der größte Anteil der Arbeitskapazität geht in Geschäftsaufgaben, der inhaltliche Schwerpunkt der hauptamtlichen Mitarbeiterin ist die FreiwilligenZentrale.</p> <p>Das BürgerBüro erhält einen städtischen Zuschuss in Höhe von 43 TSD DM; die Stadt beantragt die Rückerstattung dieser Mittel beim Sozialministerium.</p>	<p>Im „Freiwilligenordner“ sind über 50 Organisationen beschrieben, die an einer Zusammenarbeit mit Freiwilligen interessiert sind.</p> <p>Die FreiwilligenZentrale wird als Vermittlungs- und Beratungsstelle für Freiwilligenarbeit gut angenommen.</p> <p>Die FreiwilligenZentrale führt dazu, dass für Professionelle die Zusammenarbeit mit Freiwilligen langsam zu einem selbst-verständlichen Teil ihrer Tätigkeit wird und ist somit zu einem wichtigen Strukturelement bürgerschaftlichen Engagements in Tübingen geworden.</p>

Ulm: Freiwilligenagentur „Zebra“

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/ Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p>Ulm: Freiwilligenagentur „Zebra“</p> <p>Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die Kontakte, Rat und Hilfe suchen und sich engagieren wollen. Ansprechpartner für Vereine Gruppen, Einrichtungen, Institutionen, die Kontakte zu anderen suchen und die Tätigkeiten für Freiwillige anbieten =AGENTUR PROJEKTE = Initiierung von neuen Projekten, Begleitung und Unterstützung sowie Mitarbeit in Projekten von anderen Einrichtungen, z. B. Stadt Ulm - Fachbereich Familie, Jugend u. Soziales, Stadtjugendring. Organisation von gemeinsamen Veranstaltungen = ÖFFENTLICHKEITSARBEIT Plattform zum gegenseitigen Austausch und zur Zusammenarbeit anbieten =NETZWERK</p>	<p>?? Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements transparenter (sichtbar) machen ?? Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich zu engagieren fördern und stärken ?? Koordinierung und Verbesserung der Zusammenarbeit verschiedener Gruppen, ?? Vereine und Einrichtungen ?? Vernetzung der ?? Ressourcen von verschiedenen Einrichtungen, und Verbesserung des gegenseitigen Informationsflusses ?? Mentorenkurse ?? Völkerverständigung ?? Interkulturelles Lernen</p>	<p>Freiwillige Bürgerinnen und Bürger als Nutzer und Anbieter Gruppen, Vereine, Institution, Selbsthilfegruppen, Einrichtungen als Nutzer und Anbieter</p>	<p>Bürgerbüro Zebra als zentrale Anlaufstelle und Vermittler für alle: Gruppen, Vereine, Einrichtungen, Organisationen als Anbieter Freiwillige Bürgerinnen und Bürger suchen Betätigungsfelder und sind Anbieter Mitarbeit von Zebra bei der Umsetzung von Projekten wie der; <i>FreiwilligenCard</i> und der <i>Solidaritätslandkarte</i></p>	<p>Eröffnungsfest „Zebra“ am 18.06.1998, drei Monate nach der Gründung am 03.03.98 05.12. Jährliches Fest um „Internationalen Tag des Ehrenamtes“ Europa gemeinsam gestalten anlässlich der Europawahl am 13.6.99. Eine gemeinsame Veranstaltung der Griech. Gemeinde, der Vereine Freunde d. span. Kultur, Portugueses Leioes de Ulm mit Unterstützung des Bürgerbüro Zebra "Workshop für Mütter verschiedener Kulturen" 29.11.2000 Mitwirkung bei der Abschlussveranstaltung der Modellphase der 30 Bürgerbüros in Ba-Wü, im Sozialministerium Mitwirkung bei Veranstaltungen der Lokalen Agenda 21 am 5./6. Juli 2001 Mitorganisation beim Sozialdiskurs, Beteiligung bei der Sozialagenda verschiedene Veranstaltungen und Präsentationen im Laufe der Jahre</p>	<p>Personalkosten für Hauptamtliche Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche Gemeinkosten Projektmittel Netzwerkfond</p>	<p>?? Das Bürgerbüro Zebra kann nach nur drei Jahren (1998-2001) seines Bestehens als mittlerweile bekannte Anlaufstelle zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in Ulm angesehen werden. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Beteiligung an der Sozialagenda und die verstärkte Öffentlichkeitarbeit durch zahlreiche Presseartikel und Rundfunksendungen v.a. im dritten Jahr. An einzelnen Wirkungen und Konsequenzen lassen sich feststellen: ?? Die Freiwilligen wollen ihren Zeitumfang sowie ihre Tätigkeit selbst bestimmen. Dies erfordert von den Einrichtungen ein hohes Maß an Flexibilität und Toleranz und hat zur Konsequenz, dass kurzfristige Ersatzmöglichkeiten zur Verfügung stehen müssen. Kontinuierliche Kontakte zwischen den Freiwilligen und dem Bürgerbüro sind notwendig. ?? Bürgerinnen und Bürger möchten sich nach ihren Fähigkeiten und Kenntnissen engagieren. Das Bürgerbüro Zebra als zentrale Anlaufstelle versucht den Freiwilligen ein Engagement nach ihren Fähigkeiten und Kenntnissen zu bieten. ?? Immer mehr Bürgerinnen und Bürger sind auf sich alleine gestellt und suchen Kontakte, Rat und Unterstützung. Aus solchen Kontakten entstanden Projekte wie: ?? das Seniorenfrühstück, der Multi-Kulti-Treff, das Projekt „Klassisches Zeichnen“, das Projekt „Interkultureller Mittagstisch“ und verschiedene Veranstaltungen wie z. B. eine Podiumsdiskussion von verschiedenen Nationalitäten aus dem nahen Osten zum Thema „Stellung der Frau im Orient“ veranstaltet vom Multi-Kulti-Treff und ein „Workshop für Mütter verschiedener Kulturen“. ?? Verschiedene Vereine nehmen Kontakt zu Zebra auf, um mit anderen Vereinen gemeinsame Veranstaltungen zu organisieren, wie z. B. der Ägyptisch-Deutsche Verein, der Spanische Verein, der Altentreff Ulm/Neu-Ulm und die Griechische Gemeinde. ?? Für die Völkerverständigung beim Thema Bürgerengagement gibt es praktische Beispiele: der Multi-Kulti-Treff und das Projekt "Interkultureller Mittagstisch". Auch sind drei Ausländer Mitglied im Zebra-Vorstand. In den durchgeführten Mentorenkursen sind immer häufiger ausländische Mitbürger/-innen vertreten ?? Eine positive Erfahrung ist auch: Jung lernt von Alt – Alt lernt von Jung, z. B. in Projekten, wie "Bewerbungstraining für Hauptschüler" und "Kinder lehren Eltern". ?? Ein Informationsaustausch zwischen den Bürgerbüros in Baden-Württemberg findet statt.</p>

Nürtingen: Politiker fragen – Bürger antworten

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p><b>Nürtingen: Politiker fragen – Bürger antworten</b></p> <p>„Es dämmt beim Schoppen im Bürgertreff - Kommunalpolitiker fragen – Bürger antworten“</p> <p>Der Kommunalpolitische Dialog findet 4x jährlich als explizite Veranstaltung statt. Dort wird eine Grundlage für einen permanenten Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft geschaffen.</p> <p>Politiker fragen Bürger antworten</p>	<p>?Es soll ein kommunal-politischer Dialog in entspannter Atmosphäre zwischen Politikern und Bürgerinnen und Bürger hergestellt werden</p> <p>?Es sollen themenbezogene Impulse im kommunalpolitischen Rahmen gesetzt werden</p>	<p>?Bürgerinnen und Bürger</p> <p>?Politik</p> <p>?Verwaltung</p>	<p>Politiker fragen</p> <p>Bürgerinnen und Bürger antworten</p> <p>Fachkraft moderiert</p>	<p>?Impuls/ Auftakt des Dialogs ist meist themenbezogen.</p> <p>?Oft gestaltet es sich als schwierig, die „Kopfstandrollen“ (d.h. wer sonst immer redet muss zuhören - Politiker- und wer sonst eher nicht zu Wort kommt - Bürgerinnen und Bürger- ist jetzt am Zug) einzuhalten. Daher ist eine konsequente Moderation erforderlich.</p>	<p>Nach 7 Jahren kleiner Aufwand für große Wirkung.</p> <p>Diese Methode wirkt vor allem, wenn sie auf lange Zeiträume angelegt ist, als eine permanente Kultur des „Miteinanders“.</p>	<p>Beteiligung wird exemplarisch zur Methode erhoben.</p> <p>Der „Dämmerchoppdialog“ ist eine gute, einfache und sehr wirkungsvolle Methode die neben neuen Erkenntnissen auch Freude und Spaß bringt.</p>

Bremen: Sportgarten - Viertelparlament

	Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand/ Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
Bremen: Sportgarten - Viertelparlament	Initiierung, Planung, Realisierung und Betrieb einer Sport- und Freizeitanlage durch Jugendliche	??Errichtung und Betrieb einer Sport- und Freizeitanlage für Jugendliche, die auf „normalem Weg“ wegen des hohen Mittelbedarfs und der vielen administrativen Schwellen nicht zustande gekommen wäre.  ??Selbstverwaltung der Anlage durch die Jugendlichen.	Interessierte und engagierte Jugendliche im Stadtteil als Motoren des Projekts  Jugendliche des Stadtteils und auch der Gesamtstadt als Nutzer der Anlage  Potenzielle Förderer des Projekts (Politik, Verwaltungen, Unternehmen)	Die Jugendlichen haben das Projekt initiiert und durch ihr Durchhaltevermögen letztlich für die Realisierung gesorgt.  Die Fachkräfte für Jugendarbeit im Stadtteil haben die Jugendlichen unterstützt, ohne die Planungen konzeptionell zu dominieren.  Verwaltungen und Unternehmen haben finanzielle Beiträge und Sachspenden bereitgestellt.  Politikerinnen und Politiker sind durch die Jugendlichen eingebunden worden und haben das Projekt gestützt.  Die positive stadtweite Öffentlichkeitsresonanz hat zum Durchhaltevermögen der Akteure erheblich beigetragen.	Das aus einer Initiative im Stadtteil Mitte/Östliche Vorstadt entstandene „Viertelparlament“ aus Kindern und Jugendlichen hatte gefordert, Jugendlichen einen Platz im Stadtteil für ihre Aktivitäten zu überlassen, um dort eine selbstorganisierte Freizeitanlage mit Skaterrampen, Basketball- und Streethockeyfeld, Kletterwand etc. zu errichten.  Ein Platz von 7.000 qm wurde von der Stadt bereitgestellt, in Workshops und Arbeitsgruppen von Jugendlichen ein Konzept erstellt, mit phantasiereichen Aktionen wurden Sponsoren geworben.  Problematisch war die Dauer des Umsetzungsprozesses von 3 Jahren für das Engagement der Jugendlichen; Unterstützer waren notwendig.  Konflikte gab es immer wieder über die Finanzierung der laufenden Kosten.	Der Aufwand ist „von außen“ nicht bezifferbar. Viele Investitionen wurden durch Sachspenden, Sponsoren oder Stiftungsgelder ermöglicht. Der laufende Betrieb, soweit er nicht ehrenamtlich organisiert wird, finanziert sich aus Nutzerentgelten, aber entgegen der ursprünglichen Intention auch aus öffentlichen Mitteln.	Das Projekt war erfolgreich, da es in Zeiten enger werdender Ressourcen ein neues Freizeitangebot realisiert hat, das auf den Wünschen der Jugendlichen „vor Ort“ beruht.  Es hat gleichzeitig bewiesen, dass ein solcher Prozess auch zu einem hohen Maße von den Jugendlichen selbst gesteuert werden kann.  Auf diesem Weg ist eine der interessantesten und nachgefragtesten Jugendeinrichtungen der Stadt entstanden.

Ulm: Ulmer Sozialagenda

Beschreibung der Methode	Ziele	Zielgruppen	Akteure und ihre Rollen	Interaktionen (typische Verlaufsformen, Schwierigkeiten, Konflikte)	Aufwand / Ressourcen	Zusammenfassende Bewertung
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);"><b>Sozialagenda</b></p> <p>Sozialdiskurs zur Erarbeitung der Sozialagenda mit 4 Bausteinen der Beteiligung            ?? Interessengruppen            ?? Bürgerinnen und Bürgern            ?? Stadtteilprojekten            ?? Politik und Verwaltung            Durchführung mit externer Moderation            ?? Workshops            ?? Stadtteilgespräche            ?? Konsensuskonferenz (Diskurs mit einer repräsentativen Bürgergruppe, Verfahren stammt aus Dänemark)            ?? Zusammenführung der Ergebnisse            ?? Einbindung in die lokale Agenda 21 (LA21)            Bis zur Fertigstellung der Sozialagenda fanden 20 meist öffentliche Veranstaltungen unter der Beteiligung von ca. 500 Personen statt.</p>	<p>?? Spezifizierung des Solidaritätsverständnisses der verschiedenen Akteure und gegenseitiger Austausch bzw. Förderung des Verständnisses füreinander            ?? Überprüfung des Ulmer Zukunftsmanifestes            ?? Entwicklung / Operationalisierung von Maßnahmen welche die Solidarität stärken            ?? Stärkung der Nachhaltigkeit im Sozialbereich            ?? Einbindung des Sozialen in den Prozess der lokalen Agenda 21            ?? Verknüpfung bürgerschaftlicher Beteiligungsprozesse, insbesondere von LA 21 und dem Ulmer Dialogmodell der Gemeinwesenarbeit</p>	<p>?? Alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Ulm            ?? Vertreter von Interessengruppen            ?? Vertreter von Stadtteilprojekten und Fachkräfte der Gemeinwesenarbeit            ?? Vertreter der Politik            ?? Vertreter der Verwaltung</p>	<p>?? Organisationen als Vertreter von Interessen            ?? Repräsentativ ausgewählte Bürger als Vertreter der Bürgerschaft            ?? Bewohner und Organisationen aus den Stadtteilen als Kooperationspartner vor Ort            ?? Politik und Verwaltung als Umsetzer und Controller von Solidarität</p>	<p>?? Im Rahmen der Veranstaltungen des Sozialdiskurses wie z.B. im Baustein 4            ?? Bei der Abschlussveranstaltung mit dem Oberbürgermeister            ?? Abstimmungsgespräche zur Erstellung der Beschlussvorlage für den Gemeinderat            ?? Im Fachbereichsausschuss Soziales als Triolog der Akteure mit gemeinsamer Beschlussfassung             Kontinuierliche Information des Agendaforums, Personelle Schnittstellen</p>	<p>?? Auftragsvergabe an externe Moderation            ?? Koordination und Organisation der Veranstaltungen            ?? Zeitplanerstellung            ?? Aufwandsentschädigungen und Honorierung der beteiligten Bürger            ?? Catering            ?? Publikationskosten            ?? Materialkosten             Kosten insgesamt ca. 130.000,- DM ohne Personal- und Sachkosten der Verwaltung  <i>Organisation des Bausteins 3 durch das Bürgerbüro Zebra sowie gemeinsame Organisation, Durchführung und Dokumentation der Abschlussveranstaltung mit der Volkshochschule Ulm.</i></p>	<p>?? Bestätigung des Leitbildes „Ulm – eine Stadt der Solidarität“ in allen 4 Bausteinen            ?? Konkretisierung in den 8 Leitlinien der Sozialagenda als künftige Sozialpolitik in Ulm            ?? Priorisierung von Projekten und Beschluss von 8 umzusetzenden Projekten zur Stärkung der Solidarität            Insgesamt wurden im Sozialdiskurs 25 Projekte benannt            Beispiele:            ?? Einführung der sozialverträglichen Stadtplanung            ?? Einführung eines Freiwilligenpasses            ?? Entwicklung eines Zentrums für Bürgerschaftliches Engagement            ?? Verbesserung der Nahversorgung – Nachbarschaftsläden            Folgende Wirkungen sind zu beobachten:            ?? Stärkung der Vernetzung            ?? Gelebte Solidarität            ?? Fachübergreifende Zusammenarbeit            ?? Entstehung von neuen Kooperationen            Beispiele:            ?? Konversationsrunden zwischen Deutschen, Aussiedlern und Ausländern            ?? Kooperation zwischen Bürgertreff und Sportverein sowie zwischen dem Mädchen- und Frauenladen und der Methodistenkirche            ?? Hausaufgabenbetreuung durch Bürgerinnen und Bürger            ?? Realisierung der Arbeitsgemeinschaft Soziales            Weiterentwicklung ist in folgenden Handlungsfeldern erforderlich:            Die Einbindung, Verankerung in den Prozess der lokalen Agenda 21 muss verstärkt werden. Die Leitlinien der Sozialagenda sind künftig auf alle Projekte der lokalen Agenda anzuwenden.            Die punktuelle Zusammenarbeit von Ulmer Dialogmodell und LA21 ist weiterzuentwickeln.   <i>2000 wurde die Kulturagenda nach gleichem Ablauf durchgeführt</i></p>